

Es sperrte den VIP-Raum des Tallinner Flughafens zu und ließ so die estnischen Politiker seine Entrüstung spüren.

Der Moment war günstig gewählt: Am Mittwoch vergangener Woche reisten Estlands Perestroika-Obleute mit Ministerpräsident Indrek Toome an der Spitze nach Moskau. Auf der Tagesordnung des permanent tagenden Obersten Sowjet standen die Anträge der baltischen Republiken, ihnen ab Anfang nächsten Jahres weitgehende wirtschaftliche Selbständigkeit zu gewähren.

Nach heftigen Debatten stimmte das Sowjet-Parlament dem baltischen Begehren mit überraschend großer Mehrheit zu. In Zukunft wird die Funktionsarmee der Moskauer Ministerien und des Molochs Staatliches Plankomitee im Nordwesten ein um etliche hundert Quadratkilometer verkürztes Wirkungsfeld haben.

Ein Abschmettern der baltischen Autonomie-Wünsche hätte, so der estnische Deputierte Michail Bronstein, böse Folgen gehabt: „Unser Volk will nicht länger warten. Wenn wir mit unserem Auftrag scheitern, ökonomische Selbständigkeit zu erreichen, werden andere Leute ein Mandat erhalten, von denen ich nur sagen kann, gebe Gott, daß sie es nicht bekommen.“

Die Balten können zufrieden sein, um so mehr, als Moskau auch noch die von ihnen erstrebte Geschichtsrevision vollzieht: Demnächst annulliert die Sowjet-Union den dann 50 Jahre alten Hitler-Stalin-Pakt von 1939 samt geheimem Zusatzabkommen, das die baltischen Staaten der Moskauer „Interessensphäre“ überantwortete.

Aus der Annullierung können die Balten Chancen auf weiterreichende Unabhängigkeit von Moskau schwerlich ableiten. Der Politologe Fjodor Burlazki warnte bereits, daß ihre Wirtschaft trotz besserer Verfassung als im Restreich und trotz der nun gewährten Autonomie „auf dem kapitalistischen Markt nicht konkurrenzfähig“ sei.

Deshalb hätten sie keine andere Wahl, „als in der UdSSR eingebunden zu bleiben“.

JAPAN

Ware Frau

Von der Küche zur Politik: Erstmals haben Japanerinnen eine Wahl entschieden.

Ministerpräsident Sosuke Uno, seit seinem Amtsantritt vor erst knapp zwei Monaten als Geisha-Freund weltbekannt, wollte sich aus dem Wahlkampf heraushalten.

Nur einen einzigen öffentlichen Auftritt, drei Tage vor der Wahl zum japanischen Oberhaus am vorletzten Sonntag,



Wahlsiegerin Takako Doi, Parteil Freunde*: „Frauen müssen Stellung beziehen“

gönnte sich Uno. Es wurde ein Fünf-Minuten-Debakel. Mehrere hundert Frauen sangen ihn nieder: „Wer Frauen zum Narren hält, zerstört sich selbst, Herr Ministerpräsident. Bitte, treten Sie zurück!“

Das war höflich artikuliert, gleichwohl ein beispielloser Affront in Macho-Japan, wo nach überkommener Vorstellung Frauen sich um Kinder und Küche zu kümmern, den angeblichen Ernst des Lebens aber gefälligst dem Mann zu überlassen haben. Vor kurzem noch befand Landwirtschaftsminister Hisao Morinouchi knapp, Frauen seien in der Politik „unnützlich“.

Vergangenen Montag aber ging der gesungene Frauenwunsch in Erfüllung: Mit Tränen in den Augen und, wie der Korrespondent der Londoner „Times“ beobachtete, dem leeren „Blick eines Mannes, der gar nicht begreift, wie ihm so schnell geschieht“, stotterte Sosuke Uno in Reporter-Mikrophone: „Ich habe beschlossen, als Ministerpräsident dieses Landes zurückzutreten. Das ist meine Art, Verantwortung zu übernehmen.“

Tags zuvor hatten Japans Wähler ihr Urteil über die Regierung und die sie tragende Liberaldemokratische Partei (LDP) abgegeben – und als Uno seinen Abschied ankündigte, wußte er noch nicht einmal, wie vernichtend dieses Urteil ausgefallen war.

Die Hälfte der 252 Mandate des Oberhauses stand zur Wahl. Seit ihrer Gründung 1955 hatte die LDP das Oberhaus mit absoluter Mehrheit beherrscht; 69 Oberhausitze hatte sie bei der Wahl zu verteidigen. 54 Mandate brauchte die Partei, um insgesamt ihre absolute

Mehrheit zu behaupten. Doch nur 36 LDP-Kandidaten überstanden den Test.

Eine so niederschmetternde Schlappe hatte die LDP, die seit Jahrzehnten praktisch ganz Japan als ihren politischen Erbhof verwaltet, noch nicht erlebt. „Gara“ seien die Ergebnisse, meinte ein Ex-Premier, wie ein „unkontrollierbarer Börsencrash“.

Schon seit längerem hatte sich Unmut über Postenschacher, Korruption und Arroganz der LDP-Fürsten breitgemacht, die Politik unverhohlen vor allem zum eigenen Vorteil trieben.

Seit vorigem Sommer hatte der sogenannte Recruit-Skandal Japan in Atem gehalten: Dutzende von LDP-Politikern, darunter sogar der damalige Premier Takeshita, hatten sich von dem Immobilienkoloss Recruit mit Millionenbeträgen schlicht kaufen lassen.

Da fast die gesamte Führungstruppe der LDP, durch Recruit belastet, abdanken mußte, sollte als letztes Aufgebot der vermeintliche Saubermann Uno das Vertrauen der Wähler zurückgewinnen. Doch als Uno schon wenige Tage nach Amtsantritt in der Presse als lüsterner Weiberheld gehandelt wurde, der „die Ware Frau kauft“, war klar, daß das Unterfangen scheitern mußte – vor allem an den Frauen.

Zu der moralischen Entrüstung vieler Japanerinnen über die „schmutzigen alten Männer“ der LDP kam der Frust der Erkenntnis, daß die Frauen den hochfahrenden Chefs gerade der Regierungspartei als Wähler bisher recht gleichgültig waren.

Dazu gehört etwa die Steuerreform, welche die LDP gegen heftigen Widerstand aller Oppositionsparteien im Parlament durchboxte: Sie brachte den Ja-

* In der Wahlnacht vor einer Tafel mit den Namen ihrer Kandidaten.

panern die bis dato im ostasiatischen Inselreich unbekannte Mehrwertsteuer in Höhe von drei Prozent.

Daß alles teurer würde, erboste vor allem die Hausfrauen. Denn Japans Männer gehen nicht oft einkaufen. Nach Väter Sitte liefert der Mann daheim seine Lohntüte ab und erhält von seiner Angetrauten ein Taschengeld. Die Kontrolle über das Haushaltsgeld liegt bei der Frau.

Die Mehrwertsteuer, seit dem 1. April in Kraft, „hat die Frauen stärker als irgend etwas zuvor politisiert“, sagt der Kritiker Hisao Imai.

Der Zorn der Hausfrauen mußte zwangsläufig der Sozialistischen Partei zugute kommen. Denn an ihrer Spitze steht eine Frau, die es geschickt verstan-

der 86 Millionen japanischen Wahlberechtigten. Das Beispiel der einzigen Frau an der Spitze einer japanischen Partei gab den Frauen Selbstbewußtsein.

„Frauen fühlten, daß sie Stellung beziehen, sich artikulieren und etwas tun mußten, sonst würde sich nichts ändern“, sagt Frau Doi. Und: „Ich habe festgestellt, daß die Frauen die Hauptopfer der LDP-Politik sind.“ Die SPJ-Abgeordnete Manae Kubota meint, Dois Aufstieg in der Partei habe „umfassende gesellschaftliche Wirkung“.

Daß sich die Hausfrauen-Strategie bei dieser Wahl für die Sozialisten auszahlte, ist nicht Frau Dois Verdienst allein. Die SPJ hatte auch mehr weibliche Kandidaten für das Oberhaus aufgestellt als jede andere Partei.

wandel in der Nachkriegspolitik Japans“.

Noch hat die LDP im politisch wichtigeren Unterhaus, das etwa allein den Premier wählt, internationale Verträge ratifiziert und den Staatshaushalt verabschiedet, eine komfortable Mehrheit von rund 60 Prozent. Doch die könnte schon bald bröckeln.

Spätestens im nächsten Sommer sind Unterhauswahlen fällig – und die Zeichen stehen schlecht für die LDP.

Vielleicht könnte die LDP, machte sie denn Ernst mit ihrer oft versprochenen Selbstreinigung, unter einem neuen, glaubwürdigen Partei- und Regierungschef das Ruder noch einmal herumreißen. Doch woher diesen nehmen? „Wer sagt, er wisse, wer nächster Premier wird, lügt“, kommentiert ein hoher LDP-Funktionär, „wir wissen nicht, wo es langgeht.“

Das läßt die Sozialisten hoffen, in naher Zukunft nicht nur einen Zipfel der Macht zu erobern, sondern die LDP womöglich ganz abdrängen zu können. „Wenige Japaner nur glauben an den Sozialismus“, meint der Politologe Masataka Kosaka von der Universität Kyoto, aber zum erstenmal sei „Japan ganz ruhig bei dem Gedanken an eine sozialistische Regierung“.

GROSSBRITANNIEN

Raufbold und Opfer

Außenminister Howe verlor sein Amt – er dachte positiver über Europas Einheit als die Regierungschefin.

Margaret Thatcher kehrte die teilnahmsvolle Frau heraus.

„Eine der schwierigsten Pflichten meines Amtes ist es, Leuten zu sagen, daß sie gehen müssen“, erzählte sie dem Magazin „Woman's Own“, „ich kenne niemand, den das nicht schmerzte.“

Frau Thatcher bereitete mehr Ministern Schmerzen als jeder britische Premier in diesem Jahrhundert. In ihren zehn Amtsjahren haben 25 Kabinettsmitglieder ihre Regierung verlassen. Wie sehr auch Umbesetzungen erniedrigen können, erfuhr vorige Woche der Nestor ihrer Ministermannschaft, Sir Geoffrey Howe, 62.

Von 1979 bis 1983 war er Finanzminister, seither unangefochten Außenminister gewesen und hatte fest geglaubt, er werde bei der angekündigten Regierungsumbildung seinen geliebten Posten behalten.

Doch am Montagmorgen schockte ihn die Chef: Das Außenressort übernehme John Major, 46, bisher Erster Staatssekretär im Finanzministerium und erst zwei Jahre im Kabinett. Howe könne sich für das Innenministerium oder die Leitung der konservativen Mehrheitsfraktion im Unterhaus entscheiden. Der



Frauenprotest in Tokio*: „Schmutzige alte Männer“

den hat, sich als Wortführerin in die Frontlinie des Steuerprotests einzureihen und mit ihrem biederem Charme als „gewöhnliche Hausfrau“ zur Identifikations- und Leitfigur von Millionen Japanerinnen zu werden: Takako Doi, 60.

Vor fast drei Jahren war Takako Doi als Verlegenheitskandidatin zur Vorsitzenden der ideologisch verkrusteten und verzankten SPJ gekürt worden. Die ehemalige Jura-Professorin, Fachgebiet Staatsrecht, erwies sich als Glücksgriff für die Partei – auch wenn ihr der LDP-Minister Morinouchi die Befähigung abspricht, je „eine Regierung zu leiten, weil sie unverheiratet und kinderlos ist und keinen Haushalt geführt hat“.

Frau Doi ging zielstrebig daran, der SPJ ein neues Wählerpotential zu erschließen: die Frauen, fast 53 Prozent

Auf elf der insgesamt 46 gewonnenen Parlamentssessel sitzen fortan Sozialistinnen. Harumi Inui, ehemalige Lehrerin aus der Präfektur Tokushima, hat für das Rezept eine einfache Formel: „Ich werde unsere Botschaft aus der Küche in die Politik einbringen.“

Die „Revolution in der Küche“, so die Abgeordnete Kazuo Shinsaka, hat der Sozialistischen Partei erstmals in ihrer Geschichte bei einer landesweiten Wahl mehr Stimmen gebracht als der dauerregierenden LDP. Ausschlaggebend dafür war, meint der Soziologe Yukio Akatsuka, daß die Vorsitzende Takako Doi Japans Frauen dazu gebracht habe, „unabhängige Wähler statt passive Wähler“ zu sein, die „nicht mehr nur von der Meinung ihrer Männer beeinflusst“ sind.

Dem Leitartikler von „Asahi Shimbun“ verschlug es schier die Sprache: Die Demütigung der Liberaldemokraten sei „der erste grundlegende Struktur-

* Demonstration gegen Premier Unos Geisha-Affäre.